

- Interview mit Peter Bofinger

"Wir müssen das Verhältnis von Staat und Markt neu überdenken"

Der Wirtschaftsweiser warnt vor der Selbstzerstörungskraft ungezügelter Märkte - EZB-Zinserhöhung vom Juli ist "ein großer Fehler" gewesen

Autor: lz

Börsen-Zeitung, 5.12.2008 Seit langem votiert der Würzburger Finanzwissenschaftler Peter Bofinger, der auch Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist, für eine keynesianische Ausgabenpolitik des Staates und eine stärkere Lockerung der Zinszügel durch die Europäische Zentralbank. In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sieht er sich in seiner Haltung bestätigt. Eine Lehre aus der Krise ist seiner Meinung nach, dass das Verhältnis von Staat und Markt neu austariert werden muss.

- Herr Professor Bofinger, "der Finanzkapitalismus hat sich mit einem großen Knall aus der Geschichte verabschiedet", so werden Sie zitiert. Stellen Sie die Systemfrage, oder kritisieren Sie lediglich das angelsächsische Verständnis von Kapitalismus bzw. Marktwirtschaft? Es geht generell darum, dass wir das Verhältnis von Staat und Markt neu überdenken müssen. In den beiden vergangenen Jahrzehnten hat sich der Markt immer mehr zu einer Heilslehre entwickelt, bei der der Staat als Gegner angesehen wurde, den es möglichst klein zu halten gilt. Die Finanzmarktkrise zeigt nun, dass völlig ungezügelte Märkte sich selbst zerstören.

- Welche Kräfte sind bzw. waren da am walten? Bei all ihrer Effizienz leiden gerade die Finanzmärkte unter einem sehr kurzfristigen Zeithorizont. Das führt dazu, dass die Beteiligten sich zeitweiligen Trends anschließen müssen, ohne sich ausreichend Gedanken über die Nachhaltigkeit einer Anlagestrategie zu machen. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass es hoch spekulativen Märkten in der Regel an einer zuverlässigen Verankerung zu den Fundamentalfaktoren fehlt.

- Was wäre denn die optimale Staatsquote? Woran wäre den ein "Gleichgewicht" zwischen Staat und Markt festzumachen? Jedes Land muss für sich selbst herausfinden, welche Staatsquote den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen am besten entspricht. Die skandinavischen Länder haben eine sehr hohe Staatsquote und bieten das Leistungsangebot eines "All-inclusive-Hotels". In den USA sind die Steuern sehr viel niedriger, dafür müssen die Bürger für gute Schulen, Krankheitskosten und die Altersvorsorge jeweils zusätzlich bezahlen. Deutschland hat sich in den letzten Jahren dem angelsächsischen Modell angenähert, was zulasten der Zukunftsinvestitionen bei der Bildung und der Infrastruktur gegangen ist.

- Wie wird sich der Finanzsektor in den Mutterländern des Kapitalismus und hier bei uns ändern? Muss er nun wieder auf ein vernünftiges Verhältnis zur Realwirtschaft zurückschrumpfen?

Der Finanzsektor hat in den letzten Jahren nur deshalb so stark wachsen können, weil er zu geringe Bonitätsanforderungen an Kreditnehmer gestellt hat. Das hat neben der klassischen Kreditbank immer mehr das Modell der "Spiel-Bank" gefördert. In Zukunft wird wieder verstärkt die traditionelle Kreditvergabe nach dem Modell des "buy and hold" im Vordergrund stehen. Das bringt niedrigere Renditen, sorgt aber automatisch dafür, dass die Kreditnehmer sehr viel sorgfältiger ausgewählt und überwacht werden.

- Die USA und Großbritannien bedienen sich in der gegenwärtigen Krise klassischer keynesianischer Rezepte und pumpen Multi-Milliardenbeträge in die Wirtschaft. Sind uns die angelsächsischen Ökonomen in dieser Hinsicht voraus im Denken und Handeln? Im angelsächsischen Raum wird seit langem eine sehr viel

pragmatischere Wirtschaftspolitik betrieben als hierzulande. Die Fiskalpolitik ist dort seit den neunziger Jahren eindeutig keynesianisch angelegt. Deutschland leidet leider unter einer oft sehr ideologisch geprägten Debatte.

- Was werfen Sie den Ökonomen hierzulande und der Politik konkret vor? Die Diskussion über Mindestlöhne wird beispielsweise so geführt, als ginge es dabei um die Entscheidung zwischen Freiheit und Sozialismus. Dabei wird völlig übersehen, dass es dieses Instrument in fast allen anderen vergleichbaren Ländern seit Jahren gibt - selbst in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich.

- Sehen Sie sich bestätigt in Ihrer langjährigen Haltung? Sie haben ja bereits sehr früh eine Abkehr von der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft gefordert und sind für eine Stärkung der Binnennachfrage eingetreten. Ja. Wir sind heute mit einer Exportquote von fast 50 % sehr viel stärker als die anderen G 7-Länder von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig.

- Wie kann, wie soll man diese Entwicklung zurückdrehen? Wir werden wieder verstärkt aus eigener Kraft wachsen müssen. Der erste Schritt in diese Richtung ist ein staatliches Programm für Zukunftsinvestitionen in Höhe von rund 25 Mrd. Euro pro Jahr, wie wir es in unserem jüngsten Jahresgutachten vorgeschlagen haben.

- Wenn man die riesigen Summen in den USA und Großbritannien betrachtet, die zur Rettung der Wirtschaft aufgebracht werden: Stehen wir tatsächlich vor einer Depression gigantischen Ausmaßes, wie manche Ökonomen derzeit prophezeien? Eine große Depression kann man dank der expansiven Geld- und Finanzpolitik vieler wichtiger Volkswirtschaften ausschließen. Allerdings kann es zu einer Deflation kommen, wenn die Löhne aufgrund der schlechten Wirtschaftslage nach unten angepasst werden sollten.

- Was würde dann passieren? Wie das Beispiel Japans zeigt, ist die Deflation eine sehr langwierige und schwer zu bekämpfende Erkrankung einer Volkswirtschaft. Die Unternehmen als größter Schuldnersektor leiden darunter besonders, da die Schulden real ansteigen. Insgesamt käme es zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit.

- Was hat die Bundesregierung, was hat die Europäische Zentralbank in den vergangenen Monaten und Wochen eigentlich richtig, und was haben sie falsch gemacht in der Bewältigung der Krise? Die Bundesregierung hat erfolgreich die Finanzmärkte stabilisiert. Ihr Konjunkturprogramm ist in Anbetracht der Krise aber zu kleinteilig angelegt. Die EZB hat bis zum 8. Oktober 2008 noch die Refinanzierungszinsen für die Banken erhöht, das war ein großer Fehler. Jetzt sollte sie die Zinsen so schnell wie möglich weiter senken.

- Im Falle eines weiteren Abrutschens in eine tiefe Rezession auch bis zum Zinssatz Null? Wenn es wirklich ganz schlimm kommt, sollte die EZB alle Spielräume nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Aber eine solche Situation sehe ich derzeit nicht.

- Viele Sparer und auch die Banken selber halten das deutsche Bankensystem für nicht mehr so stabil. Das zeigen zum einen der "Run" der Anleger auf Bundespapiere und der nach wie vor darniederliegende Interbankenmarkt. Braucht das deutsche Bankensystem neue Stabilitätselemente? Das deutsche Bankensystem verfügt aufgrund seiner drei Säulen über eine im Prinzip stabile Grundstruktur. Für die Landesbanken muss es jedoch eine grundlegende Neuordnung geben, die eine starke Konsolidierung erfordert.

- Halten Sie eher eine Steuersenkung oder eher die Ausgabe von Steuerschecks für die richtige Antwort in

der Krise? Steuerschecks erfüllen alle Anforderungen an konjunkturbelebende Maßnahmen. Sie können schnell eingesetzt werden, haben ein breites Wirkungsspektrum und sind reversibel.

- Sie fordern ein neues Geschäftsmodell für die Weltwirtschaft: "Die einen haben gespart wie der Teufel, die anderen das Geld rausgeworfen ohne Ende" sagten Sie unlängst mit Blick auf die globalen Ungleichgewichte. Wie kann ein solches neues Modell aussehen? In den Vereinigten Staaten werden die Haushalte sehr viel mehr als bisher sparen müssen. Dadurch kann der private Verbrauch über längere Zeit als Wachstumsmotor ausfallen. In Deutschland kommt es darauf an, dass wir vermehrt aus eigener Kraft wachsen. Dazu kann der Staat einen wichtigen Beitrag leisten, indem er in den nächsten Jahren seine Zukunftsausgaben (Bildung und Infrastruktur) um einen Betrag in Höhe von rund 1 % des Bruttoinlandsprodukts ausweitet. Gemäß der goldenen Regel der Finanzwissenschaft kann dies auch über eine höhere Neuverschuldung finanziert werden.

Die Fragen stellte Stephan Lorz.

Börsen-Zeitung, 05.12.2008, Ausgabe Nr. 236 , Seite 6, 1114 Worte